

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Coolidge sieht die Anleihe gesichert.

Heute Räumung von Offenburg und Appenweier.

New York, 18. August. (WTB.) Präsident Coolidge, welcher zurzeit einen Urlaub von zwei Wochen auf der väterlichen Farm in Plymouth im Staate Vermont verleiht, äußerte seinem Sekretär gegenüber die Ansicht, daß die Londoner Konferenz die wichtigste Errungenschaft seit dem Waffenstillstand darstelle, ausgenommen vielleicht die Washingtoner Abrüstungskonferenz. Coolidge ist der Ansicht, daß es wenig Schwierigkeiten machen werde, aus Privatquellen in den Vereinigten Staaten die zur Durchführung des Planes nötige finanzielle Unterstützung aufzubringen.

Paris, 18. August. (Eca.) Der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien“ hatte eine Unterredung mit einem angesehenen amerikanischen Finanzmann, der an den Londoner Verhandlungen teilgenommen hat. Er erklärte, die Zeichnung der Anleihe sei ebenjowenig zweifelhaft, wie die Ratifizierung des Londoner Paktes durch die Parlamente der verschiedenen interessierten Länder. Man könne keine Anleihe scheitern lassen, die durch die Hilfsquellen eines Volkes wie Deutschland garantiert ist. Die Unterbringung der Anleihe werde um so leichter sein, als in London bestimmt wurde, daß die Reichsregierung volle Freiheit hat, über die Anleihe mit den ihr genehmen Banken zu verhandeln. Ohne Zweifel sei es möglich, daß im Verlauf der Verhandlungen mit den Bankiers hinsichtlich der politischen Garantien gewisse Einwendungen gemacht werden. Jedoch das Schiedsgericht, das durch den Londoner Pakt vorgehoben ist, und die Vernunftgründe, die Deutschland von einer Verletzung abhalten werden, würden ohne weiteres diese Schwierigkeiten überwinden.

Am heutigen Montag ziehen, wie die französische Regierung bekanntgibt, die französischen Truppen aus Offenburg und Appenweier ab. Diese zwei badischen Städte waren im Februar 1923 besetzt worden, weil Deutschland infolge der Ruhrblockade die direkten Schnellzüge Paris-Warschau und Paris-Prag eingestellt hatte. Beide Züge sind längst wieder im Verkehr.

Der Kommandant des Brückenkopfes Kehl, General Bonquet, hat heute morgen dem Oberamtman von Offenburg und einem Vertreter des Stadtrates mitgeteilt, daß das Gebiet von Offenburg und Appenweier im Laufe des heutigen Tages geräumt werden würde. Gleichzeitig werden gemischte Kommissionen zur Uebergabe des Inventars und der Offizierswohnungen zusammengetreten. Die in der Stadt Offenburg stationierten französischen Truppen sind heute morgen feierlich abgezogen; die Räumung der Stadt wird voraussichtlich in den Mittagsstunden erfolgen.

Das französische Parlament tritt am Donnerstagmittag zusammen, wahrscheinlich in derselben Stunde wie der Reichstag, und so dürften am gleichen Tage Herriot und Marx ihren Parlamenten über den Konferenzausgang berichten. Herriot vielleicht einige Stunden später, da in Paris wohl erst die zahlreichen Interpellationen begründet werden, in Berlin aber hochpolitische Debatten gewöhnlich an eine Regierungserklärung anschließen.

Vor seiner Abreise von London hat Ministerpräsident Herriot den Pressevertretern folgendes gesagt:

Auf Grund des Mandats, das uns der Sachverständigenplan erteilt hat, haben wir in London die interalliierte Front für den Fall wiederhergestellt, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht innehält. Die Vereinigten Staaten haben sich bereit erklärt, an der Kontrolle, die in Deutschland aufgerichtet werden soll, mitzuwirken. Deutschland selbst braucht diese Kontrolle nicht passiv über sich ergehen zu lassen, sondern es konnte sie aus freien Stücken annehmen. Die Methode ist langwierig und schwierig; aber Deutschland kann nicht mehr sagen, daß es der Gewalt allein gewichen sei. Es hat sich vor der ganzen Welt, vor den Vereinigten Staaten, vor uns verpflichtet, wenn es gegen die Verpflichtungen verstößt, die es in dieser Form eingegangen ist, so wäre die Ehre aller Nationen, die die deutschen Verpflichtungen entgegenkommen haben, engagiert. Bei der Durchführung des Plans können zahlreiche Schwierigkeiten entstehen. Frankreich hat den Grundgedanken des Schiedsgerichtsverfahrens vorgeschlagen und zur Annahme gebracht. Wir sind der Meinung, daß es sich hier um eine in der Zukunft fruchtbringende Neuerung handelt, und diese Neuerung wird in immer ausgedehnterem Maße zur Anwendung kommen. Die Summen, die wir erhalten, werden entweder Barleistungen oder Waren darstellen. Schon jetzt sind wir in der Lage, eine erste Annuität von 900 Millionen Francs in unseren Etat einzustellen. Wenn man nach dem Stande des Sicherheitsproblems, nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags, die wir getreulich ausführen müssen, fragt, so ist zu erwidern, daß uns die Sicherheit durch die Befestigung des linken Rheinuferes gewährleistet ist. Die Ruhrbesetzung — in dieser Beziehung hat Frankreich sein Wort gegeben — war nur als Maßnahme zur Sicherung der Reparationen gedacht gewesen. Was die Rätiner Zone anlangt, so haben wir von französischen und englischen Juristen festgestellt lassen, daß sie nur geräumt werden kann, wenn Deutschland Anfang 1925 die Verpflichtungen des Abkommens erfüllt hat. Besonders die Frage der Abrüstung, die Frage der interalliierten Schulden, die für uns ein ernstes Problem ist, konnte im Laufe der Verhandlungen über den Sachverständigenplan nicht geregelt werden. Macdonald hat gestern abend bei Ausgang der Konferenz erklärt, daß dieses Problem den Gegenstand

anderer Konferenz bilde und im Sinne des kürzlich unterzeichneten Abkommens von Paris behandelt werden solle, d. h. nach Recht und Billigkeit. Man kann die Konferenz tabeln oder verspotten; die unparteiische öffentliche Meinung wird feststellen, daß es die erste Konferenz war, die zu praktischen Ergebnissen geführt hat.

Herriot sagte weiter, das Ergebnis der Londoner Konferenz werde belächelt werden von allen denjenigen, deren Unvorsichtigkeit und deren Provokationen Frankreich mit der Gefahr eines neuen Krieges bedrohen. Es handele sich um ein ehrliches und friedliches Werk und um den Beginn einer neuen Ära. Frankreich sei nicht länger isoliert, aber die Londoner Konferenz werde nur fruchtbringend sein, und könne die Fortsetzung gleichartiger Bemühungen nur ermöglichen, wenn die Völker, für die man gearbeitet habe, das Werk gegen die Angriffe derer — und ihre Zahl sei noch allzu groß — schütze, die von Krieg im Ausland und im Innern träumten.

Ähnliche Zufriedenheit mit dem Konferenzausgang haben auch Macdonald und Theunis geäußert.

Bei der vorläufigen Unterzeichnung des Protokolls fehlte nur die südslawische Abordnung; das dürfte aber nichts zu bedeuten haben.

Das Protokoll bestimmt u. a., daß die einzelnen Vereinbarungen voneinander abhängig seien. In der ersten Anlage (Durchführung des Dawes-Planes) erklären sich Deutschland und die Reparationskommission zur Ausführung irgendwelcher Zusatzabkommen einschließlich einer Abänderung des Dawes-Planes bereit. Die Reparationskommission erklärt, ihr Neuestes tun zu wollen, um die Unterbringung der deutschen Anleihe zu erleichtern. Die zweite Anlage behandelt u. a. die Schiedsgerichtsbarkeit und bestimmt, daß eine aus Vertretern Deutschlands und der alliierten Länder zusammengesetzte Kommission die Durchführung der Sachlieferungen regeln soll. Die anderen Anlagen bestimmen, daß die

Wiederherstellung der steuerlichen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands am 5. Oktober vollzogen

sein soll. Zu gleichem Zeitpunkt soll auch die deutsche Verwaltungshoheit, die bis zum 11. Januar 1923 im besetzten Gebiet bestand, und die Rechte aller Industrie- und anderer Unternehmer im Ruhrgebiet wiederhergestellt werden. Die Reichseisenbahngesellschaft soll am 20. September das deutsche Eisenbahngesetz übernehmen und die Regellinien sollen am 20. November ihr übertragen werden. Meinungsverschiedenheiten sollen dem Hoogen Internationalen Schiedsgerichtshof übertragen werden, Sanctionen sollen nicht angewendet werden, es sei denn im Falle der Feststellung vorsätzlichen Verschuldens (flagrant default).

Die Konferenz nahm eine Resolution des Inhalts an, daß das Übereinkommen hinsichtlich der Ausführung des Dawes-Planes abhängig erklärt wird von der Begebung der 300-Millionen-Goldmark-Anleihe. Die alliierten Regierungen würden ihre Zentralbankinstitute auffordern, die Unterbringung der Anleihe zu erleichtern.

Die deutsche Abordnung ist heute, Montag, früh 9 Uhr, auf dem Lehrter Bahnhof eingetroffen. Um 11 Uhr erschien sie beim Reichspräsidenten zur Berichterstattung.

Mittags hatte der Reichspräsident Besprechungen mit den Parteiführern, darunter unseren Genossen Dittmann und Wels.

Heute, nachmittags 3 Uhr, beginnt eine Kabinettsitzung unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten, für morgen, Dienstag vormittag, sind die Ministerpräsidenten der deutschen Länder nach Berlin berufen.

Der Bankrott von Versailles.

Caillaux gegen die Diktatmacht.

Paris, 17. August. (WTB.) Bei einer Rundgebung, die heute zu Ehren Caillaux' in Le Mans stattfand, hat Caillaux eine längere Rede gehalten, in der er u. a. sagte: Der Schleier beginnt zu zerreißen. Die Erfahrung zeigt, daß seit Unterzeichnung der Friedensverträge, deren ahnungslose Mittelmäßigkeit die zukünftigen Geschlechter in Erstaunen setzen wird, das für die Reparationen errichtete Konto so geführt worden ist, daß ein Gegenkonto zu unserem Schaden zurückbleibt. Man kann sich keinen belagerten Vanterot vorstellen. Die Männer, die die Politik, die dazu geführt hat, durchgeführt oder unterstützt haben, werden, wenn sie einen großen Wortschwall machen, die Großartigkeit ihrer Ansichten nach Belieben rühmen können, aber jedem, der guten Glaubens ist, wird es klar sein, daß die erzielten Ergebnisse das vernichtendste Urteil gegen sie aussprechen. Herriot bemühte sich mit einem Mut, einem Weitblick und einer Seelengröße, die ihm viele Angriffe eintrugen, diese Politik zu liquidieren, aber selbst wenn ein voller Erfolg in der Zukunft; die Londoner Arbeit beschließen sollte, dürfen wir uns nicht verheßen, daß jetzt die schwere Aufgabe beginnt, Frankreich wieder aufzubauen.

Wahlerfolge der französischen Linken.

Paris, 18. August. (Al.) Bei einer Wahl für den Senat im Departement Hautes Alpes wurde der Sozialrepublikaner Cormand gewählt. Bei einer Wahl für die Kammer im Departement Bas Alpes wurde der Kandidat des Linkstails Cardiol gewählt.

Kampf der Tendenzflüge!

Das Ergebnis von London und die Nationalisten.

Das Ergebnis der Londoner Konferenz wird in der nationalistischen Presse wütender und heftiger angegriffen als je das Ergebnis einer der in den fünf Jahren Reparationsstreit vorausgegangenen Konferenzen, die alle mit einem Diktat endeten oder in Hoffnungslosigkeit und Ungewißheit mündeten. Nun ist endlich die große prinzipielle Wendung in der Methode der Auseinandersetzung über die Reparationsfrage erfolgt. Eine freie Vereinbarung — soweit Deutschland unter dem Druck der Folgen des Kriegsverlusts überhaupt frei entscheiden kann — steht am Ende der Londoner Konferenz. An die Stelle der Methoden der Gewalt tritt der Gedanke des Schiedsgerichts. Statt ungewisser Zukunft liegt vor uns eine Zeit der Gewißheit, die uns zwar schwere Lasten bedeutet, aber auch sichere Hoffnungen.

Diese prinzipielle Wendung zu leugnen ist die Taktik der Nationalisten. Denn mit dieser prinzipiellen Wendung fällt die Basis ihrer Wirksamkeit. Fälschung des Ergebnisses von London ist ihre geheime Parole für die bevorstehende innerpolitische Auseinandersetzung. In dem Willen zur Fälschung mischt sich Erbitterung über günstigen Ausgang der Londoner Konferenz. Niemals haben die deutschen Nationalisten Poincaré gegenüber soviel Haß ausgebracht wie gegenüber Macdonald und Herriot! Dieser Haß überschlägt sich im „Lokalanzeiger“. Man muß diese Stellen tiefer hängen, um die innere Erbitterung der Nationalisten über das Wanken ihrer Position verstehen zu können. Da heißt es:

„Die ganze Majestätigkeit auch des Londoner Konferenzunternehmens kommt am klugwürdigsten darin zum Ausdruck, daß dort Männer sich anmaßen durften, die aus den Augen gegangene Welt wieder, eingerichtet, die beide schon moralisch gebrochene Größen waren, ehe sie sich in London begegneten; Männer, die dort eigentlich nichts waren als zum Offenbarungselde zugelassene Bankrotteure aus dem weltpolitischen Konkurs des Sozialismus und seiner Internationale. Männer, deren stärkste Waffe gegen andere der Hinweis auf ihre eigene Schwäche und Gebrechlichkeit, Männer, deren ganzer äußerpolitischer Mut nur ihre innerpolitische Verzweiflung war.“

Aber freilich zu einem brutalen Diktat an Deutschland, das ihre wertigen Personen in den Augen ihrer Gegner dort, ihrer Parteibrüder hier noch für eine Goldgrube regierungsfähig erscheinen läßt, — dazu hat's auch bei diesen beiden trüben Hamletnaturen noch gereicht. Um so tiefer und leiser beschämend für jedes deutsche Gefühl, daß wir einem solchen haben Mann, einem Mann wie Herriot, der in London, von uns und der Welt gegen seine sonst laut beteuerte Ueberzeugung das Überwiegende verlangte, weil er dabei in Paris nur mit diesem Überwiegenden eine Salgenfrist vor dem Furor gallicus gewinnen konnte, — daß wir einem solchen Mann nach der Zumutung des ihm verwandten Schwächlings Macdonald und des mit gespielter amerikanischer Würdizität auf unsere deutschen und europäischen Großmütigkeitsangelegenheiten herabsehenden Herrn Kellogg ein Vertrauen kräftigen, das ihm weit über die Erwürgungsparagraphen von Versailles hinaus alles deutsche Los und Leben in seine schwachen Hände und in seinen schwachen Willen gibt!“

Und mit dem vor Enttäuschung irrinnig gemordenen „Lokalanzeiger“ — vor Enttäuschung darüber, daß die Konferenz nicht mit einer Katastrophe oder brutalem Diktat endete hat — schreit die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, als ob es sich um die Konferenz von London von 1921 handelte:

„Aber nicht die Einzelheiten sind es, die erbitterten Widerwillen verheißigen, sondern die große grundsätzliche Tatsache, daß wir vor einem Rückfall in die Methoden der Gewaltpolitik stehen. Statt eines freien Übereinkommens bringt sie ein zweites Londoner Ultimatum.“

Die „Kreuzzeitung“ aber erklimmt den Gipfel der Fälschertünste:

„Deutschland steht wieder einmal am Grabe seiner Hoffnungen. Wir nehmen das Sachverständigen-gutachten mit allen seinen Lasten in Kauf, aber Deutschlands Zustimmung bringt nicht die Befreiung von Rhein und Ruhr. Und am Sonnabend hatte sich Deutschland dem Diktat der Gegenparte bedingungslos unterworfen. Mit der brüchigen „Lösung“ ist das Hauptziel unserer Bemühungen, die sofortige Befreiung des Ruhrgebietes von fremdem Druck nicht erreicht. Das Ruhrgebiet bleibt auf ein weiteres Jahr militärisch besetzt; lediglich zur Zurückziehung der Truppen aus Dortmund und seiner näheren Umgebung erklären sich die Franzosen bereit.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ endlich bezeichnet die französischen Zugeständnisse als ein Nichts, lediglich als Preisgabe des Vorgebietes der französischen Stellung.

In diesen Presseschriften ist das ganze Requie für die politische Taktik der Deutschnationalen für die kommende innere Auseinandersetzung beieinander. Hinter der frechen Fälschung des Ergebnisses von London, hinter dem Witzgeheul gegen Macdonald und Herriot soll die Geschichte der letzten fünf Jahre, sollen die Würden und Lasten, die uns das Londoner Diktat von 1921, der Ruhrkampf, die Micum-Verträge, der Zusammenbruch des deutschen Kredits im Ausland, der innere Zusammenbruch der Wirtschaft auferlegten, glatt verschwinden. Damit die gewaltige Verantwortung der Deutschnationalen und der nationalistischen Inflationstreiber!

Deutschland am Grabe seiner Hoffnungen? Ist denn die Erinnerung an die Hoffnungslosigkeit, ja die Verzweiflung verschwunden, die Deutschland am Ende des Ruhrkampfes ergriffen hatte? Damals lag vor uns fast nur

nach die Perspektive des Untergangs in Verzweiflung! Damals wucherte auf uns der Druck der Bajonette und Tanks der Invasionsarmee, die Ruhr galt selbst Leuten, die heute in der Regierung sitzen, als verloren. Damals mußte selbst die Regierung Cuno Zugeständnisse machen, die über die heutigen Zugeständnisse im Dawes-Plan weit hinausgehen. Damals hätte Deutschland aufgetaucht selbst unter einem Diktator, das Erleichterung dieses Druckes gebracht hätte. Heute aber stehen wir am Anfang der Befreiung! Nur Fälscher und gewissenlose nationalsozialistische Heizer vermögen den gewaltigen Fortschritt zu leugnen. Von Versailles, wo die Deutschen gleich geächteten Verbrechern behandelt wurden, über Spa, wo ihnen diktiert wurde, über London, wo sie zähneknirschend ein hartes Ultimatum entgegennehmen mußten, bis zu dieser Konferenz, wo sie als Gleichberechtigte eine Vereinbarung unterzeichneten, die Deutschland Erleichterung bringt — das ist der Fortschritt, den wir in den fünf Jahren des Reparationsstreits herbeigeführt haben!

Ist es trotz der Tatsache, daß als äußerster Termin der Ruhräumung der 15. August 1925 festgesetzt worden ist, nicht wahr, daß Deutschland gewaltige Erleichterungen erfahren? Poincaré wollte im Ruhrgebiet bleiben, Herriot gibt uns eine Rechtsförmlichkeit der Ruhräumung. Deshalb ein halber Mann, eine moralisch gedrochene Säule!

War es nun der Zweck des Dawes-Plans, die sofortige militärische Befreiung von Rhein und Ruhr zu erlangen? In dieser Behauptung liegt die Tendenz der Deutschen Nationalen. Nun ist für sie der Dawes-Plan nur der Preis, den wir bezahlen, nicht die Erleichterung, die er tatsächlich innerlich darstellt. Der Dawes-Plan ist die Befreiung vom Londoner Ultimatum, die Befreiung von der 132-Milliarden-Last. Er ist die Befreiung von der Ricum-Last, die höher ist als die ersten Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan. Er ist die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, die Wiederbelebung des deutschen Kredits, er ist der Ausweg aus der Wirtschaftskrise.

Dortmund und Duhende von Städten frei von französischen Bajonetten! Die befreiten Bewohner werden die für wahrhaftig erklären, die diese Tatsache mit Gleichmut als ein Nichts bezeichnen. Ausweg aus der Wirtschaftskrise: Hoffnung auf Arbeit, auf Verdienst, Zurückschrecken des Gespenstes der Arbeitslosigkeit — ist das auch ein Nichts, ein Grab der Hoffnungen?

Die Nationalisten, die so leichtfertig und gewissenlos über diese Dinge hinweggehen, haben ihre Gründe! Warum reden sie nicht mehr von der Ricum-Last? Ist es ihnen genug, daß das Reich seit zwei Monaten den größten Teil der Ricum-Last trägt? Wollten sie nur Befreiung von der Ricum-Last, als sie sie selber drückte, und wollen sie, daß das Reich ewig mit ihr belastet sei? Die Tatsache, daß sie die wirtschaftliche Bedeutung des Ergebnisses von London hinter der nationalsozialistischen Tendenz verdrängen lassen, weckt den Verdacht, daß sie neue Katastrophen, neue Inflation, neue Auswucherung des Volkes wollen. Und gerade die Kreise, die mit dem Gedanken daran spielen, sind es, die den Aufwertungswind der Deutschen Nationalen inszenieren, hinter dem sie die Absicht der neuen Entwertung verbergen.

Kampf der nationalsozialistischen Tendenz! Das wird eine der wichtigsten Aufgaben des inneren Kampfes der kommenden zwei Wochen sein. Hinter der Tendenz verbergen sich gewissenlose und unverantwortliche Pläne, die die Sicherheit der deutschen Zukunft auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete bedrohen. Aber das Ergebnis von London, der Beginn der wirtschaftlichen und militärischen Befreiung spricht zu laut, als daß die Tendenz Aussicht auf Erfolg hätte. Der große geschichtliche Fortschritt nach 5 Jahren des Leidens und der Ungewißheit wird nicht durch Lüge und Fälschung aus der Welt geschafft.

Deutschland und Abessinien. Der Reichspräsident empfing am Freitag die abessinische Sonderdelegation. Es wurden Freundschaftsreden gehalten und Geschenke ausgetauscht.

Nieder mit der Reichsregierung!

Der Unfug von Weimar.

Am Sonntag veranstalteten die Nationalsozialisten in Weimar einen sogenannten „Deutschen Tag“. Die Redner dieser öffentlichen Veranstaltung wetteiferten miteinander in Beschimpfungen der Republik. Bei der Kundgebung vor dem Nationaltheater hielt Dr. Dinter eine Ansprache, in deren Verlauf er die Parteien und die Reichsregierung des Volkes- und Hochoverrats bezichtigte und die Forderung aufstellte, „daß diese hoch-, Volks- und Vaterlandsverräter sofort von dem Staatsgerichtshof abgeurteilt werden.“ Seine Ausführungen endeten mit den Worten:

„Wir schwören, unserem Führer Ludendorff, wenn er uns ruft, zu folgen bis in den Tod und nicht eher zu ruhen, als bis die Novemberverbrecher ihrer gerechten Strafe vor dem Staatsgerichtshof zugeführt sind!“

Die Ausführungen Dinters enthielten schwere Beleidigungen der Reichsregierung. Sie sind eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Daß sie auch nicht anders verstanden wurden, beweisen die die Rede begleitenden Zwischenrufe, wie: „Aufhängen!“ — „An die Laternen!“ — „Nieder mit der Reichsregierung!“ Daß der gesamte Verlauf des Parteitags in diesem Sinne wirkte, zeigten die Vorfälle vom Sonnabend, die in der Entfärbung des Weimarer Volkshauses und in Schießereien gipfelten. Obwohl nach den aufstehenden Reden während der Sitzung des Parteitags am Freitag und Sonnabend Schlimmes zu befürchten war, hat es die thüringische Regierung nicht nur versäumt, am Sonnabend für den nötigen Schutz der Straße zu sorgen, sie hat darüber hinaus trotz der blutigen Zwischenfälle am Sonnabend die öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel anderntags nicht verboten, sie versäumte es, gegen die zu Gewalttätigkeiten aufreizenden Redner einzuschreiten. Nachdem die thüringische Regierung durch die Duldung der Hakenkreuzbanner auf dem Weimarer Nationaltheater und durch die Glückwünsche an die Veranstalter des Parteitags bereits die Reichsverfassung öffentlich verhöhnt hatte, hat sie auch weiterhin als Wächterin der Interessen des Deutschen Reiches vollkommen versagt. Was am Sonnabend und Sonntag in Weimar geschehen ist, war bisher nur in Bayern möglich.

In Bayern bedauert man heute, daß man den nationalsozialistischen Komitadschis und ihren Führern eine Freistätte für ihr die öffentliche Ordnung und den Staat unterhöhlendes Treiben gewährt hat. Soll Thüringen die zweite Oumme zelle Deutschlands werden? So wie bisher, kann es nicht weitergehen! Wenn die thüringische Regierung nicht selbst imstande ist, in ihrem Lande Ordnung zu schaffen, wird man das Nötige durch die Reichsregulativ und den Reichstommissar veranlassen müssen.

Herr Jarres sieht indessen in Berlin und rührt keinen Finger. Das einzige, was man über ein Eingreifen von Reichsinstanzen gehört hat, ist — eine ausgedehnte Urlaubsgewährung an Reichswehrsoldaten und Reichswehrmannschaften zwecks Teilnahme an den regierungs- und verfassungsfeindlichen Kundgebungen der Nationalsozialisten in Weimar.

Eine Berliner Lokalkorrespondenz meldet:

Im Verlauf des gestrigen Sonntags ist es in Weimar anlässlich des „Kulturabends“ zu einer Anzahl Zusammenstößen gekommen, bei denen mehrere Personen mißhandelt, sogar in einem Falle schwer verletzt worden sind. Am Sonntagmorgen und in der Nacht zum Sonntag waren mehrere Sonderzüge mit Nationalsozialisten aus Thüringen und Bayern eingetroffen, die sich unter das Kommando des Putzhauptmanns Röhm stellten. Infolge höchst unlesbarer Vorfälle, die sich bereits während des Parteitages abgepielt hatten, hatten es zahlreiche Bürger von Weimar vorgezogen, am Sonnabend die Stadt zu verlassen, da man nach den höchst geheimnisvollen Andeutungen der Nationalsozialisten mit größeren Unruhen rechnete. Der Andrang der ständig durch die Hauptstraßen ziehenden

nationalsozialistischen Mengen war so groß, daß Befehle der Polizei völlig unterbunden wurde, ohne daß die Polizei für eine Regelung der Demonstrationen zugegriffen hätte.

Ludendorff wurde bei seiner Abfahrt von Weimar am Sonntagabend, gefolgt von etwa 300—400 jungen Leuten und eskortiert von 6 Beamten der Weimarer Schutzpolizei an den D-Zug gebracht. Während des Aufenthaltes des D-Zuges in Weimar war der Reiseverkehr fast restlos unterbunden. Der D-Zug-Wagen, in dem Ludendorff Platz genommen hatte, blieb gesperrt, denn eine „Ehrenwache“ sehr junger Nationalsozialisten postierte sich an den Eingängen und zwang die Reisenden, die aussteigen wollten, mit ihrem Gepäck durch einen zweiten Wagen das Freie zu gewinnen. Aber auch hier vermochten die Reisenden kaum weiterzukommen, denn die unobeherrschten Anhänger Ludendorffs empforderten die Reisenden als eine Störung der Abschiedsfeier und benutzten die Gelegenheit zu antisemitischen Kundgebungen, die zum Teil einen wüsten Charakter trugen. Das Bahnpersonal war gegen das Treiben machtlos und auch die Beamten der Landespolizei, die salutierend auf dem Bahnsteig standen, bis der Zug Weimar verließ und Ludendorff vom Fenster zurücktrat, griffen nirgendwo ein. Im D-Zug selbst kam es dann zwischen der „Ehrenwache“, einer Anzahl junger Leute, die Ludendorff nach Berlin begleiteten, und den Fahrgästen zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. In Halle wurde Ludendorff Gegenstand von Huldigungen der ihn dort erwartenden Nationalsozialisten, doch machte sich hier bereits ein so lebhafter Widerstand des Publikums auf dem Bahnhof bemerkbar, daß die Hülfs-Anhänger auf Verlangen der Arbeiter, die von Sonntagsausflügen zurückkehrten, schon nach einer Minute vom Bahnhof verschwanden. Auch in dem D-Zug, den Ludendorff benutzte, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen der Reisenden mit der aufgeregt hin- und herreitenden Ehrenwache, so daß die Nationalsozialisten zunächst einmal die Hakenkreuzbanner verholten ließen und es später unter dem wachsenden Unwillen der Reisenden vorzogen, auch die Hülfs-Juden und -Mähen gegen „Joid“ zu vertauschen. Infolge dessen sah man bei der Ankunft auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin keinerlei nationalsozialistische Abzeichen mehr und die Ankunft Ludendorffs verlief vollkommen unbemerkt.

Die Brunnenvergifter Schweigen.

Protivucher, Preussische Regierung und Reichslandbund.

Der Presse des Landbundes und der Deutschen Nationalen ist die Abfertigung des Reichslandbundes in der Schutzfrage durch die preussische Regierung so in die Knochen gefahren, daß sie es vorzieht, die Antwort ihren Lesern vorzuenthalten. Obwohl die „Deutsche Tageszeitung“ riskiert einige Worte der Abwehr, so denen sie es sorgfältig vermeidet, auf den sachlichen Kern der Kundgebung einzugehen. Die dem Reichslandbund ergabene Presse beweist damit, daß ihr die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage nichts, die politische Brunnenvergiftung alles ist.

Der 26-Prozent-Zoll.

London, 18. August. (W.B.) Reuter zufolge wird in amtlichen Kreisen Londons betont, daß die Wiedereinführung der 26prozentigen Reparationsabgabe die Deutschland nach dem Dawes-Plan auferlegten Verpflichtungen nicht erhöhe, sondern lediglich die Beträge berühre, die der Generalagent für Reparation von den Mehrforderungen gegenüber Deutschland abzuführen habe.

England will die 26 Proz. nicht allein einstecken, aber die deutsche Einfuhr wird natürlich durch diese Zollserhöhung erschwert.

Der kommunistische Abg. Hans Schreyer-Eisenach wurde nach Meldungen der kommunistischen Presse wegen großer Fahrlässigkeit in Geldangelegenheiten und parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen.

Der deutsch-nordamerikanische Alkoholvertrag, der auch deutschen Alkoholschmuggel nach der Union verhindern soll, ist durch Austausch der Ratifizierungsurkunden in Kraft getreten.

Der Sozialphilosoph Paul Natort f.

Von Dr. H. Falkenfeld.

Im Alter von 70 Jahren ist Paul Natort, Professor der Philosophie an der Universität Marburg, gestern gestorben. Natorts Bedeutung für die Philosophie der Gegenwart wie für die soziale Weltanschauung unserer Zeit ist nicht unbedeutend. Er gehörte mit dem vor wenigen Jahren gestorbenen Philosophen Hermann Cohen, mit dem er zusammen in Marburg lehrte, zu den Begründern der sogenannten neukantianischen oder Marburger Schule.

Paul Natort wurde geboren am 24. Januar 1854 in Düsseldorf und die letzte Zeit seines Lebens als Ordinarius für Philosophie in Marburg innegehabt. Seine Bedeutung liegt zunächst darin, daß er gegen Ende des vorigen Jahrhunderts durch den Hinweis auf Kant den philosophischen Materialismus der Mitte des 19. Jahrhunderts mit überwinden half. Von dem breiten, allzu patetischen und nicht immer glücklich positiveren Tone Hermann Cohens unterschieden, betonte er wie jener die Allgewalt der Logik in der Philosophie und kam zu der Anschauung, daß das Denken in sich einen schöpferischen Gehalt birgt. Eingehend noch als Cohen behauptete er sich mit den Grundlagen der Mathematik und der Naturwissenschaft in seinem Buche „Die logischen Grundlagen der ersten Wissenschaft“. Leider kam bei dieser Grundlegung stets der Zweifel der empirischen wie der reinen Anschauung zu kurz, — eine Tatsache, die sich charakteristisch aus seiner Ueberhöhung des reinen Denkens ergibt.

Bedeutung hat Natort auch als Sozialpädagoge gewesen. Von Kant hatte er gelernt, daß die Humanität eine der wesentlichsten Ziele des individuellen wie des gesellschaftlichen Lebens sein müsse. Er gelangte im Verlaufe seiner Arbeiten immer mehr dazu, den Gemeinschaftsgedanken als den ausschlaggebenden Begriff aller gesellschaftlichen Philosophie zu betrachten. So kam er auch auf seine Weise zum Sozialismus. Freilich nicht zu einem Sozialismus, der durch Klassenkämpfe erzwungen wird, sondern zu einem Sozialismus, der durch das allmähliche Wirksamwerden humanitärer Ideen in der Gesellschaft realisiert wird. Eine Zeitlang stand Natort sogar den bolschewistischen Gedankengängen, wenigstens soweit es sich um die Verwirklichung des Rätegedankens handelte, nicht ganz fern. Jedoch wurde diese Neigung nicht etwa in einem wirklichen philosophisch fundierten Rätealismus, sondern viel eher in einer unklaren Fassung des an sich schon recht vieldeutigen Gemeinschaftsgedankens. Wie unklar und gefährlich dieser Gemeinschaftsgedanke ist, zeigt ja das Beispiel des Natort sehr nahe liegender Rechtsphilosophen Rudolf Stammler, der mit Kant und keinem Idealismus begann und auf Grund des Gedankens der sozialen Harmonie neuerdings zur Befassung aller realistischen Bestrebungen gelangte. Bei Natort freilich war dies nicht der Fall. Der Jugend und der Jugendbewegung, der Erziehung des Menschen zu neuem Geiste und besserer Gemeinschaft als bisher hat er immer seine Kräfte gewidmet. Der Begriff des Ideals als eines Gegenstandes, den man um Gotteswillen nicht heute und sofort verwirklichen soll, spielt zwar auch bei Natort eine bedeutende Rolle. Aber daß die Humanisierung der Gesellschaft nur im Geiste des Sozialismus erfolgen kann, das hat

Natort niemals bestritten. Und darum schon ist seine Erscheinung eine rühmliche Ausnahme unter den Philosophen vom Fach gewesen. Und darum darf auch die wertvolle Jugend, die sich für die Festsetzungen des Lebens interessiert, am Grabe Paul Natorts trauern.

Eine Kundfrage über das Kronprinzen-Palais.

Eine einzigartige „Galerie der Lebenden“ ist in dem Berliner Kronprinzenpalais geschaffen worden, das der Direktor der Nationalgalerie Ludwig Justi im August 1919 eröffnete. Das viel angefeindete Museum, das in den fünf Jahren seines Bestehens sich zu einem der wichtigsten Kunstinstitute der Reichshauptstadt entwickelte und weitesten Kreisen Verständnis für die neue Kunst gebracht hat, wird jetzt in dem von Paul Westheim herausgegebenen „Kunstblatt“ zum Gegenstand einer Kundfrage gemacht.

Am interessantesten ist, was der Direktor selbst, Ludwig Justi, darüber schreibt. Er berichtet von den großen Hemmungen, die der Entwicklung der neuen Gründung entgegenstanden, von den Mängeln des Baus, den geringen zur Verfügung stehenden Mitteln, der Anfeindung von manchen Seiten. Im Gegensatz zur Nationalgalerie soll das Kronprinzenpalais der Kunst der Lebenden geweiht sein. Daher muß Leben und Bewegung herrschen, und ständige Veränderungen, Bereicherung durch Leihgaben, durch Ausstellungen, ist notwendig. „Jede Einflügung einer Leihgabe, noch mehr jede Ausstellung“, schreibt er, „bedingt eine Neuordnung, und besonders im oberen Stockwerk geschieht alle paar Wochen eine oft durchgreifende Umlistung. Das scheint mir sehr willkommen, denn durch Veränderung des Lichtes, der Nachbarschaft, der Abmessung des umgebenden Raumes zeigen sich jedesmal andere Eigenschaften des Kunstwertes, so daß dem regelmäßigen Besucher der Galerie der Bestand in immer neuer Faszination vor Augen kommt. Uebrigens trägt der Wechsel dazu bei, den Großstädter zum häufigen Besuch der Galerie zu veranlassen, und es ist klar, daß wiederholtes Sehen gerade für die Fühlung mit der neuen Kunst von erheblichem Wert ist. Neben Anläufen, Leihgaben und Ausstellungen betrachte ich es als eine Aufgabe der Galerieleitung, jenen zunächst ferner Stehenden auch durch das Wort den Weg zum Erleben der Kunstwerke zu erleichtern. Daher habe ich Führer zur Sammlung der Gemälde und der Zeichnungen verfaßt; es ist darin versucht, nur von dem zu reden, was man sehen kann, und so dem Nichtvorbereiteten zu helfen, ohne ihm literarische Kunstbildung einzuführen. Außerdem hatte ich tägliche Führungen eingerichtet, unentgeltlich; sie haben besonders heftige Angriffe und Verpötnungen gefunden; als dann noch der Sinn der Ruhen durch Erhebung von Eintrittsgeldern umgehoben wurde, habe ich die Führungen eingestellt.“

Die Veränderungen in der Gestalt des Museums hält Georg Kolbe für besonders wichtig. „Die Idee der Galerie, das Bewegliche, das Nichtfestgelegene schätze ich hoch ein“, schreibt er. „Hingegen ist der Ausstellungsbetrieb allzu lärmend.“ Er hält die Schaffung dieser Galerie für eine Tat und wendet sich wie auch verschiedene andere, gegen die Unerstellung der Leitung unter die Akademie, die angestrebt wird. „Ein Unterstellen der Leitung der Nationalgalerie unter die Akademie“, sagt Alfred Flechtheim,

„wäre aus dem Grunde schon ein katastrophaler Fehler, weil Liebermann nicht ewig lebt und Eberlein vielleicht sein Nachfolger wird.“ Louis Corinth schreibt: „Als Museum für die Kunst der Lebenden ist es einzig dastehend in der Welt. Solange diese Galerie besteht, ist stets den Arbeiten der Jugend am besten Rechnung getragen; auch dem Verständnis des Publikums erspöherisch war entgegengebracht.“

„Wien gib acht.“ Die Auflösung des Theaters schreitet mächtig fort. Das Sommertheater hat dieses Jahr einen Tiefstand erreicht, wie nie zuvor. Für den Winter wird die Apote als neuer Schläger angekündigt. Wie die Gebrüder Kottler dabei mitwirken werden, steht noch nicht fest. Vorläufig wird in dem ihnen gehörenden Lessing-Theater bis zum Herbst eine Revue des Wiener Konacher-Theaters gespielt, die mit allem ausräumt, was noch irgendwie an das Theater erinnern könnte. Zwischen den endlosen Bildern — die Premiere dauerte von 7 bis 12 Uhr — besteht gar kein Zusammenhang mehr. Der geistige Gehalt ist gleich Null. Dafür prunkt und gleicht ein aufdringliches Schaugepräge, das macht das reine Varieté sich auf der Bühne breit. Der verbindende Faden ist weder wichtig oder gar satirisch, die Musik belanglos. Keine und Kostüme, angezogene und ausgezogene Frauen, die als Monnaquins oder Festreigen auf einem besondern Sieg durchs Publikum marschieren, das ist alles. In diesem Wadenluger sind das beste die schönen Stoffe. Die Extravaganz der Schnitte und die Verlässlichkeit der meterhohen Straußensfederbüschel sind beipiellos. (Über trotzdem ist der Geist Lessings auch in dieser Verschönerung des nach ihm benannten Hauses heimlich, wie ein Conserancier vorzutritt, denn auch Lessing — liebe schöne Frauen!) Einige Titel genügen statt weiterer Charakteristik: „Im Modeston“, „Das Decolleté im Laufe der Jahrhunderte“, „Puppen“ (hier war eine gewisse Annuit am Werk). Das moderne Kabarett mit seiner Rahmentanz der Jazzbanden und echten amerikanischen Tänzen wurde allmählich abgedrückt durch Tanzbilder aus dem tanzeligen Wien. Das Publikum war schon glücklich, als es wieder die schönen altbekannten Walzer- und Mazurkennelken hörte, und als gar eine Kapelle der letzten Deutschmeister den Kadetz-Marsch spielte, war des Beifalls kein Ende. Und so ging es weiter mit Szenen aus einem modernen Restaurant und Liebesabenteuern Colanovos und was weiß ich. Eine unendliche Arbeit vieler Künstler war aufgegeben, um diese Farbenrausche zu erzeugen; die Zurschaufstellung des weiblichen Körpers war Selbstzweck geworden. Früher haben wir das Kino als das Theater der Taubstummen verpöht; das wirkliche Theater, das mit diesen Reellen auf die Geisteslosigkeit des neuen reichen Böbes spekuliert und deswegen auch die Arbeiter gelegentlich verulkt, ist nichts anderes. Es wird nur noch das Kino beschäftigt! Die Menschen sind nur noch Marionetten oder bewegliche Gestelle für Wadenarrateien.

Kunstschau. Das Graphische Kabinett A. B. Reumann, Kurfürstendamm 222 eröffnet eine zweite Ausstellung von Arbeiten G. S. S. Sie umfaßt den Inhalt landiger Altkopierbilder des Werkes „Szenen aus dem Leben Christi“ und andere Malereien. Die Ausstellung der Originalmalereien aus dem Werk von Otto Dix „Der Krieg“ bleibt noch bis zum 15. September bestehen.

Bezirksparteitag Groß-Berlin.

Am gestrigen Sonntagvormittag trat der Bezirkstag Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Gewerkschaftshaus zusammen. Von den 349 Mandatsträgern nahmen 330 an der Tagung teil. Der Männerchor „Friedrichshain“ sang zur Begrüßung „Nicht verzagt“ und „Die Geister werden wach“. Unter lebhaftem Beifall dankt Vorsitzender Künstler den Sängern.

Zu Ehren der im letzten Geschäftsjahr verstorbenen Parteimitglieder, unter denen der Vorsitzende besonders Adolf Ritter, Franz Krüger, Martha Demming, Wilhelm Pfannkuch und Emil Böske nennt, erhebt sich der Parteitag. Den Parteivorstand vertreten Ad. Braun und Crispian. Erster Punkt der Tagesordnung ist der

Bericht des Bezirksvorstandes.

Berichterstatter Theodor Fischer weist auf die Inflationszeit und ihre Wirkungen hin. Der Mitgliederverlust muß daneben aber auch dem häuslichen Streit in der Partei zugeschrieben werden. Der Mitgliederverlust vom 31. März 1923 bis 1. April 1924 beträgt 22 815 (19 095 Männer und 3027 Frauen). Der Mitgliederstand am 1. April 1924 war 34 347 gegenüber 57 189 am 1. April 1923. Diese Zahlen sind nach den abgeleiteten Beitragsarten berechnet. Die meisten Verluste haben die Arbeiterbezirke zu verzeichnen; Mitglieder mit stabilerem Einkommen haben sich besser gehalten. Die Verluste betragen sich von 50 Proz. in Weihenau bis 32 Proz. in Wilmersdorf. Eine Zunahme von 16 Proz. verzeichnete Bantow, je 3 Proz. Zunahme melden Halensee und Kreuzberg. Gerade Abteilungen, in denen besonders lebhaft Auseinandersetzungen über die Politik der Partei stattgefunden, haben besonders große Verluste; wo man sich zu verstehen suchte, hat man weniger verloren. Angesichts der politischen und sonstigen Entwicklung seit dem Frühjahr können wir aber neuen Aufstiege der Organisation erhoffen. Die Zahl der Parteimitglieder zur Zahl unserer Stimmen bei der Reichstagswahl verhält sich nur wie 1 : 12; da bleibt wahrhaftig noch viel zu tun. Früher hatte jeder Parteigenosse stets Aufnahmebescheinigung bei sich und machte auch Gebrauch von ihnen, um der Partei Mitglieder zu werben. So muß wieder gearbeitet werden! (Zustimmung.) Der Kommunistenterror ist gebrochen, unsere Versammlungen schüßen wir.

Der Referent berichtet kurz über die Verhältnisse im Berliner Rathaus und betont, daß es mit dem Abbau sozialdemokratischer Stadträte und sozialpolitischer Dezernate nicht so weitergehen darf.

Die 10 000 Bände starke Bibliothek des Bezirksverbandes wird zur freien Benutzung und Entleihung allen Parteimitgliedern empfohlen.

Für das Funktionieren des Parteiapparates kommt es vor allem auf die Abteilungen und ihre Funktionäre an. Nicht auf Kadavergehörigkeit und Kameradentum wie bei der SPD, sondern auf freiwillige, begeisterte Arbeit beruht unsere Partei. In diesem Sinn wollen wir dem neuen Aufstiege entgegenstreben. (Beifall.)

Kassenberichterstatter Bagels dankt zunächst den ehrenamtlichen Funktionären für die unermüdete Arbeit, die sie in der Inflationszeit geleistet haben, und gibt dann eingehend Aufschluß über die Wirtschaftsverhältnisse des Bezirksverbandes.

Sollten beantragt namens der Revisoren nach eingehender Prüfung aller Bücher und Belege Entlastung und betont die Notwendigkeit genauer Revision auch in den Abteilungen.

Darauf beginnt die Aussprache.

Schwann: Zum Rückgang der Mitgliederzahl haben gewiß die wirtschaftlichen Ursachen beigetragen, aber die politische Haltung der Partei, gewiß auch die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz hat uns viele Mitglieder gekostet. Der jetzigen Erfüllungspolitik der Partei steht ihre Unterstellung der gegenwärtigen Cuno-Politik von 1923 gegenüber; höchstens 6 Wochen, aber nicht 9 Monate hätte man diese Sachsinnslosigkeit unterstützen dürfen. Solch gründlicher Wechsel der Parteipolitik kann uns keinen Zuwachs bringen. Klare Politik muß die Partei treiben. Gerade „oppositionelle“ Kreise wie Wilmersdorf haben am wenigsten verloren.

Schiemann: Wenn das richtig wäre, müßte ja Groß-Berlin seit der letzten Bezirksvorstandswahl mächtig viel Mitglieder gewonnen haben. (Heiterkeit.) Klare Politik vermisse ich vor allem beim Bezirksvorstand. Die Funktionärskonferenzen mit Referat und Korreferat konnten nur die Partei zerschlagen; ich erinnere an die Reigner-Rede und an die Dignam-Konferenz. Die Politik des Bezirksvorstandes befolge nicht die vom Parteitag gegebenen Richtlinien; so macht man nicht die von Schwann gewünschte Politik, die uns neue Kämpfer bringen soll. Haltet Ihr voriges Mal den Bezirksvorstand paritätisch zusammengefaßt, so sehe es in der Partei besser aus. Wenn in derselben Zeit, wo die Partei in Berlin sozial verloren hat, das Zentralorgan stark zugenommen hat, so beweist das die Billigung der Politik der Partei durch die Massen. Darum muß auch in Berlin an die Stelle der Majorisierung die Verträglichkeit treten. (Beifall und Unruhe.)

Reinhold: Der ungeheure Mitgliederverlust ist die Folge der Richtungskämpfe, die seit zwei Jahren in der Partei geführt werden. Unter stiller Duldung des Bezirksvorstandes sind Reichstagsfraktion und Parteigenossen in Mitgliederversammlungen von gewissen Referenten heruntergerissen, ja verleumdet worden. Denkt daran, wie Crispian sich auf dem Reichsparteitag gegen Boykottierung durch keine eigenen Richtungsgegner wehren mußte. Wie sollen da die Mitglieder Begeisterung aufbringen? Die alte SPD, die von UEB und SPD bekämpft wurde, die Roskesterns und Koalition ausbilden mußte, die sich zu Schwarzrotgold bekannte, als das noch „Verrat“ war. — Diese alte SPD hat nicht so an Mitgliedern verloren wie die Partei in Berlin jetzt! Der Gaudescher vom vorigen Jahr, die einseitige Besetzung des Bezirksvorstandes, muß gutgemacht werden, sonst erzielen wir keine Besserung. (Zustimmung und Widerspruch.)

Ad. Braun (Parteivorstand) appelliert an die Versammlung, doch nicht gegenseitig Vorwürfe zu erheben nach einem solchen Mitgliederverlust und vielmehr vor neuen Reichstagswahlen! (Lebhafte Zustimmung.) So darf doch die größte Parteiorganisation Deutschlands, was sie doch sein will, nicht diskutieren. Auf solche Art schreit man die Mitglieder nur ab. Parteigeist muß wir haben, aber nicht inneren Streit pflegen; so bereitet man Siege nicht vor. (Lebhafte Zustimmung.)

Bernhard Krüger bedauert, daß diese dankenswerten Worte Adolf Brauns nicht an den Bezirkstag im vorigen Jahre gerichtet worden seien, wo die Mehrheit rüchlos ihre Macht gebrauchte. (Große Unruhe.) Der Mitgliederverlust zwingt uns doch, mit den inneren Richtungskämpfern, mit der „Opposition“ und vor allem mit gewissen Angriffen auf die „Führer“ aufzuhören. Niemand kann uns diesen SPD-Anhängern nachhaken, daß wir bei der Einigung die andern hintersehen; aber die Gegenfrage ging sofort dazu über, die SPD-Deute abzulegen. Das hat man auch bei der Berliner Bezirksvorstandswahl getan. Hat der Richtungsgegner Toleranz gezeigt? Nein, er hat solche Referate auf den Funktionärskonferenzen halten lassen, daß uns die Partei auseinandergerissen wurde. Das Unrecht und die Vergewaltigung muß wieder gutgemacht werden (stürmischer Beifall), wenn der Rückgang der Partei aufhören soll. Nur darum machen wir neun Monate Cuno-Politik mit, weil wir den Mut haben, aufzustehen und zu sagen: Wenn wir die Regierung stürzen, dann müssen wir die Regierung übernehmen. Es muß Ruhe in Berlin werden und dazu muß das Unrecht vom vorigen Jahr gutgemacht werden! (Beifall.)

Künstler: Als der jetzige Bezirksvorstand im Oktober sein Amt antrat, kam er mitten in die schrecklichste Inflation hinein. Mit demselben Recht wie Schiemann uns für den Rückgang der Partei, könnten wir ihn für den Rückgang des Vaterverbandes verantwortlich machen. (Zustimmung.) Gewiß läßt sich als Sozialist Kritik an der Partei, wenn ich mich dazu verpflichtet fühle, aber wo

haben wir die Partei auseinandergetrieben! Die Parteitagsschlüsse sind für uns oberstes Gesetz. Zur Klärung strittiger Fragen ist Referat und Korreferat das beste Mittel und dagegen kann doch keiner etwas einwenden. Politische Inaktivität kann man uns nicht vorwerfen. (Beifall.) Sprechen wir uns aus und dann stehen wir zusammen zur Niederstämpfung unserer Gegner. Der tiefste Punkt ist überwunden, es muß wieder aufwärts und vorwärts gehen. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird mit großer Mehrheit angenommen. Dem Kassierer wird einstimmig Entlastung erteilt. Es folgt Punkt 2:

Wahl des Bezirksvorstandes.

Dazu beantragen: Der 2. und der 11. Kreis, Tiergarten und Schöneberg, sowie Abteilung 91: Vertrauensstimme und Wiederwahl. (Tiergarten: en bloc.)

Abteilung 13: Die Wahl von Schlegel, Künstler Heinig; Bohmann, Timm, Schiemann; Umlauf Koch; Wachenheim.

Die Frauen: Für den engeren Vorstand: Lobenhagen und Wachenheim; für den erweiterten Vorstand: Bohm-Schuch, Krüger, Scheibenhauer, Scholz, Bengels.

Wendi-Schöneberg befürwortet Wiederwahl des Vorstandes. Harnisch-Neußlin wendet sich gegen eine Besprechung der Anträge, die nur die eben geführte Debatte wiederaufnehmen würde. Schiemann: En-bloc-Wahl wäre geschäftsordnungswidrig und ich denke auch, daß die Rede Ad. Brauns zur Einlese beigetragen hat, die sich bei Stimmzettelwahl auswirken wird. Ich widerlege die En-bloc-Wahl.

Vorsitzender Künstler: Gut, dann stimmen wir ab, ob En-bloc-Wahl beschlossen wird (Widerpruch), so ist auch aus früheren Bezirkstagen Verfahren worden.

Bernhard Krüger spricht dafür, daß vorher die vorliegenden Anträge beraten werden.

Volkmershaus appelliert an die Antragsteller, ihre Anträge zurückzugeben.

Wolff bittet, die En-bloc-Wahl abzulehnen, da doch die Möglichkeit der Auswahl unter den Kandidaten gegeben sein muß.

Liedtke: Demokratisch ist es, über die Frage der En-bloc-Wahl durch Abstimmung zu entscheiden.

Die Anträge werden nicht zurückgezogen. En-bloc-Wahl wird abgelehnt.

Edvard Bernstein, der durch den Schluß der Besprechung um das Wort gekommen ist, spricht den Wunsch aus, über die Lage der Partei vor den Vertretern der Berliner Organisation zu sprechen. Wir haben uns am 4. Mal gut geschlagen, aber die Stellung der Partei im Reichstag und in der Politik ist schwächer geworden. Ungeheuer ist unsere Aufgabe bei einer neuen Reichstagswahl.

Vorsitzender Künstler: Der neuzuwählende Vorstand wird gewiß dem Genossen Bernstein gern Gelegenheit zu solchen Ausführungen geben.

Als erster Vorsitzender sind vorgeschlagen: Franz Künstler und Friedrich Schlegel.

Vorsitzender Liedtke: Schlegel hat in einem Schreiben vom 16. August mitgeteilt, daß er bei einstimmiger Wahl eines anderen zum Vorsitzenden auf seine Kandidatur verzichtet; er schreibt weiter, daß ein Vorstand gewählt werden möchte, der Gewähr gibt für eine vorwärts führende Leitung der Parteigeschäfte. — Da Schlegel somit verzichtet, steht nur Künstler zur Wahl.

Volkmershaus beantragt, Künstler und Hermann Müller-Waldenberg zu gleichberechtigten Vorsitzenden zu wählen. (Zuruf vom Vorstand: Sachswidrig!)

Die Wahl zwischen Künstler und H. Müller erfolgt durch Stimmzettel. Während der Auszählung der Stimmzettel werden die Anträge beraten.

Vorsitzender Liedtke: Der Bezirksvorstand schlägt vor, die organisatorischen Anträge 1—6 bis zum nachstfindenden neuen Bezirkstag zurückzustellen, der ja die Organisation der Reichsorganisation anpassen muß.

Antrag 7 (Bezirksvorstand): Die Parteigenossen werden aufgefordert, die Arbeiten der Arbeiterwohlfahrt nach Kräften ideell und materiell zu unterstützen, wird von Frau Böß befürwortet.

Dr. Kurt Rosenfeld: Wenn die „Arbeiterwohlfahrt“ nicht genug wertvolle Sympathie in der Partei findet, so deswegen, weil die „Arbeiterwohlfahrt“ mit bürgerlichen Organisationen zusammenarbeitet, so mit der „Nothilfe“ usw., was bei den heutigen Gegenständen Mißtrauen unter den Arbeitern erweckt.

Schiemann: Wenn wir diese Arbeitsgemeinschaft aufgeben, würden zwei Drittel der Zuwendungen für unsere armen Kinder wegfallen. Wenn die Gewerkschaftskommission Berlin nichts gegen diese Zusammenarbeit hat, so braucht die Partei auch kein Verbrechen darin zu sehen. Der Sozialist ist, verliert den Sozialismus nicht, wenn er mit Bürgerlichen zusammensteht, besonders dann, wenn diese Zusammenarbeit den ärmsten Kindern zugutekommt.

Die Wahl des 1. Vorsitzenden

hat ergeben: für Franz Künstler 190, für Hermann Müller-Waldenberg 126 Stimmen, 9 sind zersplittert.

Künstler nimmt die Wahl an, indem er treue Pflichterfüllung gelobt.

Schiemann: Es freut mich, daß Künstler wiedergewählt ist (Heiterkeit); ich schlage vor, als 2. Vorsitzenden Hermann Müller-Waldenberg zu wählen, und zwar sowohl wegen seiner gewerkschaftlichen Erfahrung, wie auch, damit Ruhe und Frieden in Berlin einkehre.

Ad. Hoffmann: Um Schiemann noch eine Freude zu machen, wählt Liedtke wieder! (Heiterkeit.)

Die Zettelwahl ergibt: 2. Vorsitzender Hermann Müller-Waldenberg mit 162 Stimmen; 151 lassen auf Liedtke, 6 sind zersplittert.

In der fortgesetzten Besprechung des Antrages 7 spricht nun Rathilde Wurm: Die Fürsorgeverordnung verlangt, damit Reichsmittel gegeben werden, eine anerkannte Zentralorganisation über das ganze Reich. Das bloße Zusammenarbeiten genügt nicht, sondern Anerkennung einer Zentralorganisation. Wir müssen einen klaren Trennungstrieb haben gegen die, die das Elend schaffen und dann aus menschlichem Mitleid etwas zu lindern suchen. Wir fordern das Recht auf Leben und Wohlfahrt, nicht Almosen. Nur wegen der außerordentlichen Not haben wir von Parteiwegen Fürsorge unternommen. Nur als selbständige Aktion der Arbeiterklasse wird die Arbeiterwohlfahrt große Werkkraft entfalten.

Frau Bohm-Schuch: Der ganze erweiterte Vorstand hat diesen Antrag aufgegeben, nachdem dort schon ausgiebig debattiert worden war. Was Genossin Wurm eben sagte, war die grundsätzliche Auffassung der Wf. Zuständig für die Auseinandersetzung darüber ist vor allem der Ausschuss der Arbeiterwohlfahrt; dort ist nicht darüber gesprochen. Nach den Reichsgesetzen — nicht nur der Fürsorgeverordnung — stehen Reichsmittel nur zur Verfügung bei Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsausschüssen. Nur durch unser Hineingehen ist es möglich gewesen, die Gemeinden und damit die Arbeiterkinder einzuschalten, während sonst die Bürgerlichen allein das Fett abschöpfen würden.

Ein Schlußantrag wird angenommen, ebenso der Antrag selbst. Zum 3. Vorsitzenden wird — nachdem Raderholz zugunsten Liedtkes zurückgetreten ist — Liedtke mit 178 Stimmen gewählt, Kurt Heinig erhält 140, zersplittert sind 4. Es folgen die

Anträge betr. Bildungsbestrebungen:

8. 7. Kreis Charlottenburg. Der Bezirkstag möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, für Groß-Berlin eine Bildungsschule für Funktionäre zu errichten.

Der Zweck soll sein, den Genossen das notwendige Verständnis für politische, wirtschaftliche und kulturelle Fragen zu übermitteln, um sie auf diesem Wege für die Agitation und Parteiarbeit heranzubilden.

9. 7. Kreis Charlottenburg. Der Bezirksparteitag bzw. der Parteivorstand wird ersucht, auf die Einlegung des vom Genossen Strödel vorgeschlagenen wissenschaftlichen Beirats beim Parteivorstand zur Beobachtung und zum Studium des Wirtschaftslebens hinzuwirken.

10. 8. Kreis Spandau. Seitens der Partei muß eine tiefere Durchbildung der Parteimitglieder auf den Gebieten der Schulpolitik und der Kulturwissenschaft erfolgen. Die letzten Elternbekräftigungen haben bewiesen, wie wenig Sachkenntnis auf diesen für den Sozialismus so wichtigen Kulturgebieten vorhanden ist.

Ad. Braun (Parteivorstand): Die Beteiligung der Parteigenossen an den Bildungsmöglichkeiten der Partei ist viel wichtiger und nützlicher als das Antragsstellen. Der Parteivorstand ist bereit, auch noch mehr für Bildung auszugeben.

Hornig: Der Zweck unserer Bildungsarbeit kann nicht sein, Parteifunktionäre heranzubilden. Parteibureaukraten haben wir genug. Wir brauchen eine wirkliche Arbeiterbildungsschule als Tages- und Nachschicht; der Parteivorstand sollte ernstlicher an diese Notwendigkeit herangehen.

Zu Schriftführern werden gewählt Umlauf mit 271 und Koch mit 268 Stimmen. Reuper erhält 84.

Den Antrag 10 begründet Frau Franz: Der Sozialismus ist auch eine Erziehungsaufgabe. So wird er von unten herauf gebaut. Gemeindefunktionäre müssen wir heranziehen; heute noch sind nur wenige Gemeindefunktionäre.

Antrag 8 wird dem Parteivorstand überwiesen, 9 zur dringenden Berücksichtigung dem Parteivorstand, 10 dem Bezirksvorstand zur Besprechung mit der Schulnotgemeinschaft. Es folgen

Anträge an die Reichstagsfraktion:

11. 7. Kreis Charlottenburg. Der Bezirkstag fordert Parteivorstand und Reichstagsfraktion auf, mit allen verfügbaren Mitteln den Achtstundentag uneingeschränkt für alle Arbeitnehmer wieder zu erkämpfen und auszugestalten.

12. 8. Kreis Spandau. Die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages ist eine unbedingte Notwendigkeit. Da bei der jetzigen Zulassung des Reichstages eine Mehrheit für den Achtstundentag nicht vorhanden ist, wird der Parteivorstand dringend ersucht, den Volksentscheid über den Achtstundentag mit allen Mitteln in die Wege zu leiten.

13. Bezirksvorstand. Der Bezirksparteitag billigt die Haltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion in der Frage des Achtstundentages, er mißbilligt die Stellungnahme des Vertreters der deutschen Reichsregierung in Genf und unterstützt den Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf sofortige Realisierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag durch die Reichsregierung.

14. 8. Kreis Spandau. I. Der Bezirkstag fordert, daß die Hauszinssteuer als unsozialste aller Steuern beseitigt und an ihre Stelle eine Vermögenssteuer zwecks Schaffung genügender, hygienisch einwandfreier Wohnräume für die gesamte Bevölkerung gesetzt wird.

II. Der Bezirkstag fordert, daß das Reichsmietengesetz und Mieterbeschützgesetz aufrechterhalten und ausgebaut werden. (Schluß im Morgenblatt.)

Gattenmord!

Eine geheimnisvolle Selbstbeziehung.

Einem Gattenmord will der Hauptner Hermann Wollmann in Berlin verübt haben. Er meldete sich bei der Polizeibehörde in seinem Heimort Groß-Salza und machte folgende Angaben:

Seit längerer Zeit lebe er schon von seiner Ehefrau Lucie geborene Mayer getrennt. Sie habe ihn verlassen. Durch Bekannte sei ihm nun zu Ohren gekommen, daß sie sich vorübergehend in Berlin aufhalte. Aus Wut darüber, daß sie ihm fortzulaufen sei, und von Eifersucht gepogt, habe er beschloffen, sie in Berlin aufzufuchen und ihr, wenn sie nicht wieder mit ihm gehen wolle, einen Denzettel zu verabreichen. In der Nacht zum 30. April dieses Jahres oder habe er sie unermüdet in Begleitung eines Herrn, der ihm auch vom Ansehen noch bekannt sei, auf der Jannowbrücke getroffen. Hier schien ihm die Gelegenheit zur Ausführung seines Vorhabens auf der zurzeit menschlicheren Brücke am geeigneten. Mit einem heftigen Stiu-Titsu-Schlag gegen die Schläger am Hofe habe er den Herrn „erledigt“. Darauf habe er seine Frau an die Kette gepackt, gewürgt und dann ins Wasser geworfen. Nach der Tat sei er wieder zu seinen Eltern gefahren. Seit noch Monaten von der Neue gepackt, stelle er sich der Polizei selbst. Kriminalkommissar Moritz wurde nun mit den weiteren Ermittlungen betraut. Diese ergaben, daß tatsächlich am Tage nach der betreffenden Nacht eine Frauenteile an der Börse gelandet wurde. Da aber Frau Lucie Wollmann nach den Aussagen ihres Mannes kurze Haare, einen Hutentopf, getragen haben soll und die Befundene lange Haare trug, ist die Frage der Identität sehr zweifelhaft. Eigentümlich ist auch, daß sie nach der fraglichen Nacht aus Schöneberg fortgeritten ist, ohne sich abzumelden. Wie ihre Eltern aus Wogeburg mitteilen, soll sie ihnen nach dem 30. April einen Kartengruß aus Breslau gefandt haben. Personen, die in der Nacht zum 30. April 1924 etwas auf der Jannowbrücke gemerkt haben, was mit der Tat im Zusammenhang stehen kann, und besonders jener Begleiter der Frau Wollmann, werden gebeten, sich bei Kriminalkommissar Moritz im Polizeipräsidium zu melden.

Eine schweizerische Eifersuchtschlagtragedie.

Einen tragischen Ausgang nahm eine Eifersuchtschlagtragedie zwischen zwei Schwestern. In dem Hause Auguststraße 88 wohnt im vierten Stock ein Ehepaar. Die Frau hatte ihre 19 Jahre alte Schwester Ella zu sich genommen. In der letzten Zeit glaubte die Ehefrau annehmen zu können, daß zwischen ihrem Mann und der Schwester ein Verhältnis bestünde. Beide stiegen deshalb öfter miteinander zusammen. In der letzten Nacht kam es zwischen beiden wieder zu einer Szene. Die Frau muß wohl ihre Schwester mit irgend etwas bedroht haben, denn diese sprang aus dem vierten Stock zum Fenster hinaus und blieb unten mit verschüttelten Gliedern liegen. Als die Frau sah, was sie angerichtet hatte, versiel sie in Krämpfe und mußte nach der Rettungswache gebracht werden. Hier stellte man fest, daß sie vor Schreck wahnsinnig geworden war und brachte sie nach Dabendorf. Beamte des 135. Polizeiviertels waren schon herbeigeeilt und brachten die schwerverletzte Ella Rufe nach dem Elisabethkrankenhaus.

Großfeuer in einer Ladiereanstalt.

In der Hermannstraße 18 brach heute vormittag in der Emailier- und Lackieranstalt Hans Bauer Nachf., die in der vierten Etage des Hauses gelegen ist, Großfeuer aus. Das Feuer ist durch Selbstentzündung in einem Emailiertrödenofen entstanden. Auf dem Alarm Großfeuer rüdten drei Jüge vor Berlin zur Brandstelle aus, die das Feuer mit einem B- und zwei C-Rohren bekämpften. Da in der Nähe des Ofens leicht brennbare Materialien wie Feinsis, Lacke, Leer usw. vorhanden, dehnte sich das Feuer binnen zwei Minuten derartig aus, daß beim Eintreffen der Wehr ein Teil der Werkstatt bereits völlig ausgebrannt war. Der Dachstuhl, der durch einen Luftzug Feuer gefangen hat, fand ebenfalls in heißen Flammen. Nach zwei

